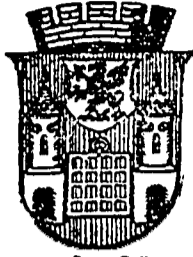


Schwedter Tageblatt

Bekundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 118

Mittwoch, den 21. Mai 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags machte Reichsinnenminister Dr. Wirth Mitteilung über die Lübecker-Calmette-Affäre, dann wurde der Streit mit Thüringen behandelt.

Für die blinden und kranken Helden des Weltkrieges sollen Heimstätten als Ehrenmale errichtet werden; zum Eintritt in eine Volksgemeinschaft werden zu diesem Zwecke alle guten Deutschen aufgefordert.

Man hat in Kairo noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß man wegen der Sudanfrage mit England zu einer Einigung gelangen wird.

Nach einer größeren Rede des früheren französischen Arbeitsministers Louchere wurde der paneuropäische Kongreß in Berlin geschlossen.

In der Zentrumsfraktion des Reichstages werden zurzeit Pläne erwogen, bei denen der Gedanke eines allgemeinen Notopfers eine große Rolle spielt.

Der spanische Ministerpräsident General Berenguer äußerte sich sehr optimistisch über die künftige politische Lage seines Landes.

Die Haushaltsdebatte im Reichstag.

Immer noch Verkehrsministerium.

Berlin, 21. Mai.

Im Reichstag wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Abgeordneter G e s c h e (Komm.) erklärt, die Verkehrspolitik der Regierung habe nicht der Volkswirtschaft gedient, sondern nur den kapitalistischen Konzernen und Trusts. Abgeordneter S i n g m a n n (D. Bp.) bezeichnet es als unmöglich, bei der jetzigen schlechten Finanzlage für die Wasserstraßen Bauprogramme auf lange Sicht aufzustellen. Die Reichsbahnverwaltung dürfe nicht durch das Parlament an Rationalisierungsmaßnahmen gehindert werden.

Reichsverkehrsminister von Guérard

nimmt zu verschiedenen der aufgeworfenen Fragen Stellung. Für den Luftverkehr würden in Frankreich pro Kopf 8,30 Rm., in England 7,70 Rm. und in Deutschland nur 0,78 Rm. ausgegeben. Der Weltkraftkongreß werde vom Verkehrsministerium größte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Bezüge der leitenden Beamten bei der Reichsbahn würden geprüft; bei der schlechten Finanzlage der Reichsbahn sei es unerträglich, wenn sie Gehälter zahle, die jedes Bedürfnis übersteigen.

Abgeordneter D a u e r (Bayer. Bp.) tritt für die Schaffung neuer Flughäfen in Bayern, namentlich in Nürnberg, ein.

Von einer längeren kommunistischen Entschliebung wurde der erste Absatz angenommen, der verlangt, daß die Zustimmung der Regierung zur Erhöhung der Stück- und Spreßgut-Tarife auf der Reichsbahn rückgängig gemacht wird.

Damit ist der Verkehrsetat erledigt.

Die dann vorgenommenen Abstimmungen zum Justizetat ergaben die Annahme dieses Etats nach dem Ausschußvorschlagen. Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Reichsjustizminister wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Um 8 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Wehretat.

Ehrenmal für Deutschlands Helden.

Errichtung von Heimstätten.

Berlin, 21. Mai.

Die „Volksgemeinschaft zur Errichtung von Heimstätten als Ehrenmals für Deutschlands Helden“ veröffentlicht mit der Bitte zum Beitritt der Volksgemeinschaft einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Das Ehrenmal für Deutschlands Helden soll nicht nur ein steinernes Wehrzeichen, sondern zugleich ein lebendiges Monument der sittlichen Pflicht sein.

Es sollen Heimstätten gebaut werden für die tapferen Krieger, die blind oder siech heimgekehrt sind und die heute im härtesten Kampf des Alltags stehend, oft verzweifelt um das schützende Dach über ihrem haupt ringen. Wir wollen denen helfen, die für uns geblutet haben. Wir wollen denen helfen, deren Männer und Väter nicht wiedergekommen sind; allen, ohne Unterschied der Partei und des Glaubens. Darum bauet alle mit an diesem Werke!

Verhaftung von Deutschen in Rußland.

Moskau, 21. Mai. Der Leiter der Moskauer Abteilung der Deutsch-Russischen Handelsgesellschaft „Rusgerforg“, Gombart, und der frühere Leiter der Berliner Hauptgeschäftsstelle, Direktor Galopp, sowie mehrere Angestellte sind verhaftet worden. Ihnen werden Bestechungen durch deutsche Firmen vorgeworfen. Der Prozeß soll in allernächster Zeit in Moskau stattfinden.

Notopfer in Sicht?

Anträge des Zentrums.

Berlin, 21. Mai.

In einer Zusammenkunft von Arbeitervertretern der Zentrumspartei wurden auch Pläne besprochen, die von Seiten der Regierung zur Abdeckung des neuen Fehlbetrages beim Haushalt der Arbeitslosenversicherung erwogen werden. Man berechnet diesen Fehlbetrag einschließlich der Krisenfürsorge insgesamt auf etwa 140—150 Millionen für das laufende Haushaltsjahr. Ueber dieselbe Frage fand eine Aussprache zwischen dem Reichsarbeitsminister Stegerwald und den Arbeitervertretern des Zentrums statt.

In den Plänen, die zurzeit erwogen werden, dürfte erneut der Gedanke eines Notopfers eine Rolle spielen. Hierüber soll in den nächsten Tagen auch eine Besprechung zwischen Reichsarbeitsministers Setgerwald und dem Reichsfinanzminister Moldenhauer stattfinden.

Es ist hierbei offenbar daran gedacht worden, das Notopfer nicht auf die Beamten und Festbesoldeten zu beschränken, sondern es zu einem allgemeinen Einkommensteuerzuschlag auf die höheren Einkommen überhaupt auszubauen. Da bis zum 1. Juli unter allen Umständen Deckung für den Fehlbetrag bei der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden muß, da ferner statt einer Durchschnittsziffer von 1,2 Millionen nunmehr mit einer Durchschnittserwerbslosigkeit von 1,5 Millionen gerechnet wird und da schließlich mit Rücksicht auf die notwendige Gesundung der Gemeindefinanzen ein Ausbau der Krisenfürsorge unausbleiblich ist, ist damit zu rechnen, daß die Erörterungen über das Notopfer sich schon in den nächsten Wochen stark verdichten werden.

Reichssteuereinnahmen im April.

Mehreinkommen bei der Lohnsteuer.

Berlin, 21. Mai.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Reichssteuereinnahmen im April 1930. Danach betragen die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben bei den Besitz- und Verkehrssteuern 768,4 Millionen Rm., bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 215 Millionen Rm., zusammen also 983,4 Millionen Rm. Der Länderanteil hiervon — ohne die Ueberweisung von einem Sechstel des Biersteuereinkommens — beträgt 405,3 Millionen Rm.

Bei der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer ergibt sich gegenüber dem Januar ein Minderaufkommen von zusammen 64,5 Millionen Rm. Das Minderaufkommen bei der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer ist darauf zurückzuführen, daß im Januar noch Abschlußzahlungen eingingen, bei der Umsatzsteuer, und auch infolge des Weihnachtsgeschäftes höhere Umsätze zur Versteuerung gelangten.

Die Lohnsteuer

brachte mit 104,9 Millionen Rm. 15,5 Millionen Rm. mehr als im März. Auch das Aufkommen aus dem Steuerabzug vom Kapitalertrag war wegen des Fälligkeitsstermins der Zinsen im April um 24 Millionen Rm. höher als im März. Die Kraftfahrzeugesteuer brachte 2,5 Millionen Rm. und die Beförderungssteuer 2,3 Millionen Rm. mehr ein. Dagegen sind an Vermögenssteuern 12,6 Millionen Rm. weniger aufgenommen, weil im März noch größere Beträge auf die im Februar fälligen Zahlungen eingingen.

An Zöllen und Verbrauchsabgaben

sind im ganzen 7,2 Millionen Rm. weniger aufgenommen als im März. — Im April 1929, dem entsprechenden Monat des Vorjahres, waren insgesamt 939,4 Millionen Rm. aufgenommen.

Das Disziplinarverfahren gegen Böß.

Mit Dienstentlassung bestraft.

Berlin, 21. Mai.

In der Disziplinarsache gegen den Oberbürgermeister Böß fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Mooshafe die mündliche Verhandlung statt. Das Gericht fällte folgendes Urteil:

Der Angeschuldigte hat die Disziplin verfehlt, die ihm sein Amt auferlegte und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Er wird deshalb mit Dienstentlassung bestraft. Dem Angeschuldigten werden auf Lebenszeit $\frac{1}{2}$ des ihm rechtmäßig zustehenden Pensionsbetrages als Unterstützung gewährt. Die baren Auslagen des Verfahrens fallen dem Angeschuldigten zur Last.

Böß hat sofort gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Wirth über Thüringer Konflikt.

Haushaltsausschuß des Reichstages.

Berlin, 21. Mai.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums begonnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Reichsinnenminister Dr. Wirth Mitteilung über die Lübecker-Calmette-Angelegenheit. Falls Verfehlungen vorgekommen seien, würden die verantwortlichen Personen in vollem Maße zur Rechenschaft gezogen werden. Sofort nach Bekanntwerden der Vorgänge habe er sämtliche Landesregierungen eruchtet, von der Anwendung des Calmette-Verfahrens allgemein abzusehen, bis eine völlige Klarstellung der Vorkommnisse in Lübeck erfolgt sei.

Im Mittelpunkt der Aussprache stand der Streit mit Thüringen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth gab dann den Wortlaut seines Briefes bekannt, den er an den Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums, Minister Baum, gerichtet hat.

Der Innenminister weist in seinem Briefe darauf hin, daß für die Aufhebung der Sperre der Polizeigelder die Zuhaltung maßgebend war, daß Nationalsozialisten nicht in die thüringische Staatspolizei eingestellt worden seien. Wenn nunmehr die thüringische Regierung einen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei in eine leitende Stellung der thüringischen Polizei berufe, so würde dadurch eine völlig neue Lage geschaffen, die ihn veranlassen müßte, nachzuprüfen, ob er bei seiner Stellungnahme hinsichtlich der Aufhebung der Sperre der Polizeikosten noch weiter verbleiben könne.

Grundsätzlich erklärt Dr. Wirth in seinem Briefe, daß ein Beamter sich zu einer staatsfeindlichen Partei bekennen, aber sich nicht in diesem Sinne betätigen dürfe. Der Minister wies weiter auf die neuen thüringischen Schulgebete hin, in denen nicht ohne Grund eine betont parteipolitische Tendenz erblickt werde. Die Betonung politischer Dinge in diesen Gebeten werfe von selbst die Frage nach der Berufungsmäßigkeit auf.

Wie Berenguer die Lage sieht.

Am Neuwahlen und Verfassung

Madrid, 20. Mai

Der spanische Ministerpräsident, General Berenguer, erklärte in einer Unterredung, daß die Aufstellung der neuen Wahllisten im November beendet sein werde. Wenige Monate später würden dann die Wahlen stattfinden.

Die Wahlkampagne werde zweifellos verkürzt werden, denn sein größter Wunsch sei, daß das Parlament zusammenzutreten und arbeiten könne. Vor Beginn der Wahlperiode werde er die Versammlungs- und Pressefreiheit wieder herstellen.

Da er jedoch auf die Aufrechterhaltung der Ordnung bedacht sei, werde er diesen Augenblick gemäß den Umständen wählen. Ob eine Reform der Verfassung von 1876 erforderlich sei, darüber solle das Parlament entscheiden. Das gegenwärtige politische Unbehagen greife nicht tief, es sei entstanden aus der Agitation der zahlreichen in der Reorganisation begriffenen Parteien. Er glaube nicht, daß eine Baisse der spanischen Währung die Folge sein werde. Die Wirtschaftslage in Spanien sei gut.

Wenn nach allen politischen Kämpfen der letzten Zeit diese Zustellungen die wahre Meinung des Ministerpräsidenten darstellen, so ist ihm ein blühender Optimismus keineswegs abzusprechen. Hoffentlich gibt ihm die Zukunft Recht und „das gegenwärtige politische Unbehagen“ wirkt sich nicht zu einer Eruption aus, in deren Verlauf er mit seinem ganzen System von Halbheiten und Vertuschungen verschwinden muß.

Ägypten und der Sudan.

Zum Abbruch der englisch-ägyptischen Verhandlungen

London, 21. Mai

Eine große Menschenmenge empfing in Alexandria die aus England zurückgekehrte ägyptische Abordnung für die Vertragsverhandlungen in London. Ministerpräsident Mahas Bascha sprach noch einmal über die Gründe, die zum Abbruch der Besprechungen geführt haben.

Der Mißerfolg sei nicht auf irgendeine zu weit gehende Einstellung der einen oder anderen Seite zurückzuführen, sondern auf Schwierigkeiten, denen sich Großbritannien in der Frage des Sudans gegenübergesehen habe. Er glaube, daß Großbritannien bald die Berechtigung der ägyptischen Forderungen im Sudan anerkennen werde und daß dann ein Abkommen erreicht werden könne.

Der Abbruch der Verhandlungen werde sich vielleicht auch insofern ähnlich auswirken, als Großbritannien nun

